



**INTERNATIONAL PROGRESS ORGANIZATION**

**Hans Köchler**

***Orient und Okzident: Dialog oder Krieg?***

***Vortrag vor dem Marokkanischen Verein in deutschsprachigen  
Ländern***

**Feldkirch, Vorarlberg, 10. Mai 2007**

**I . P . O . R E S E A R C H P A P E R S**

Vienna: International Progress Organization

2007



# **Orient und Okzident: Dialog oder Krieg?**

Hans Köchler\*

Vortrag vor dem Marokkanischen Verein in deutschsprachigen Ländern  
Feldkirch, Österreich, 10. Mai 2007

**Online Paper**  
**published by the International Progress Organization, Vienna, Austria.**

© Hans Köchler, 2007. All rights reserved.

## **Vorbemerkung**

**B**evor wir versuchen, die Beziehungen zwischen Orient und Okzident im Hinblick auf das gestellte Thema zu analysieren, gilt es zunächst, ein Faktum zu konstatieren: Wir befinden uns bereits in einer Situation nicht nur wachsender Entfremdung, sondern offener Konfrontation. Dies manifestiert sich in zweierlei Weise: einerseits in kriegerischen Auseinandersetzungen, die im Namen der „Zivilisation“ geführt – und oftmals als Teil des so genannten „globalen Krieges gegen den Terror“ deklariert werden, wobei die „Zivilisation“ sich häufig mit Verweis auf christliche Werte zu legitimieren beliebt; andererseits in kulturkämpferischen Auseinandersetzungen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene. Die Regensburger Vorlesung von Papst Benedikt XVI hat – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen – diese Konfrontation weiter geschürt, ihr sozusagen das ideologische „Unterfutter“ gegeben.<sup>1</sup> Wenn man

---

\* Universitätsprofessor für Philosophie und Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck, Österreich; Präsident der International Progress Organization (I.P.O.), einer Konsultativorganisation der Vereinten Nationen.

<sup>1</sup> Vgl. die Analyse des Verf.: *Religion, Reason and Violence: Pope Benedict XVI and Islam. Statement by*

Öl ins Feuer gießt, sollte man sich von christlicher Seite allerdings nicht über die Reaktionen erstaunt geben.

## (I)

Die derzeitige Konfrontation ist nicht aus dem Nichts entstanden; sie hat sich auch nicht im Zuge der Ereignisse des 11. September 2001 in den USA erstmals manifestiert. Sie kann nur in einem größeren historischen Rahmen verstanden werden, der mit dem Verweis auf folgende drei Phasen beschrieben werden kann:

- (1) Das von Gewalt geprägte Aufeinandertreffen von Christentum und Islam, Okzident und Orient, seit dem Mittelalter, wofür die Geschichte der Kreuzzüge und der „Türkenkriege“ einen umfassenden Beleg liefert.
- (2) Die imperialistischen und kolonialistischen Interventionen der europäischen Mächte des 19. Jahrhunderts im Bereich der islamischen Staaten, konkret des Osmanischen Reiches.<sup>2</sup>
- (3) Die Konfrontation des „Westens“ mit der islamisch-arabischen Welt als Folge der Umsetzung der sog. Balfour-Erklärung, welche die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina und die Vertreibung der ortsansässigen Bevölkerung, schließlich auch die Besetzung und Annexion der islamischen heiligen Stätten in Jerusalem mit sich brachte.<sup>3</sup> Angesichts der führenden Rolle Europas und der USA bei der Realisierung des Projektes eines

---

*the President of the International Progress Organization, Prof. Hans Koechler, on the lecture delivered by Pope Benedict XVI at the University of Regensburg on 12 September 2006. Wien, 16. September 2006, P/RE/19920. International Progress Organization, [http://i-p-o.org/koechler-Religion\\_Reason\\_Violence-16Sept06.htm](http://i-p-o.org/koechler-Religion_Reason_Violence-16Sept06.htm).*

<sup>2</sup> Zu den historischen und rechtlichen Details vgl. die Abhandlung des Autors: *التدخل الإنساني في الشؤون الدولية* [Humanitäre Intervention: Rechtliche und politische Dimensionen / Arabisch]. Schriftenreihe "Bayt al-Hikma Dossiers", Nr. 3. Bagdad: Bayt al-Hikma, 2001.

<sup>3</sup> Zu den rechtlichen und politischen Implikationen vgl. Hans Köchler (Hrsg.), *The Legal Aspects of the Palestine Problem with Special Regard to the Question of Jerusalem*. Studies in International Relations, IV. Wien: Braumüller, 1981.

jüdischen Nationalstaates auf dem Gebiet von Palästina ist es nicht verwunderlich, daß von der islamischen Welt nicht zuletzt der „christliche“ Westen für dieses aus ihrer Sicht verhängnisvolle Geschehen mit verantwortlich gemacht wird.

Die Probleme der islamisch-christlichen Beziehungen am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts können ausreichend nur vor diesem historischen Hintergrund verstanden werden. Diese Realität hängt zudem mit dem komplexen Wechselverhältnis von Multikulturalität und Globalisierung, und zwar in zweifacher Weise, zusammen:

- (A) Auch wenn die Welt bereits in früheren Jahrhunderten *multikulturell* geprägt war, so wird in der Gegenwart durch die mit der Globalisierung einhergehende quasi „grenzenlose“ (nicht mehr bloß „grenzüberschreitende“) Kommunikation die Multikulturalität zunehmend zu einer Wirklichkeit, die den Alltag jedes Einzelnen bestimmt. Zivilisationen bzw. Kulturräume, die oftmals Jahrhunderte hindurch nebeneinander her lebten bzw. leben konnten, ohne konkret „voneinander Notiz zu nehmen“, sind nunmehr mit dem Phänomen der Gleichzeitigkeit, d.h. der gleichzeitigen Präsenz grundsätzlich anderer Welt- und Lebensentwürfe *innerhalb* ihres eigenen Alltagshorizontes konfrontiert. Zwar hat auch im Zuge der Kolonisierung des 19. Jahrhunderts *eine* (konkret: die westliche) Zivilisation auf die jeweils andere einzuwirken und dieser ihren Stempel aufzuprägen, d.h. ihr eigenes Weltbild aufzuzwingen gesucht, aber die Alltagswirklichkeit der betroffenen Völker war noch weitgehend vom Faktum der *geographischen Distanz* bestimmt. Die Kulturen prallten zwar in einzelnen kriegerischen Aktionen aufeinander, standen sich aber nicht – wie heute – in einer Art „globalen Öffentlichkeit“ gegenüber.

- (B) Unabhängig von und zusätzlich zu dieser mit dem Prozess der Globalisierung einhergehenden Gleichzeitigkeit ist Multikulturalität vielfach zu einer *innerstaatlichen* Realität geworden – eine Entwicklung, die insbesondere für Europa ein Novum darstellt, mit dem der alte Kontinent noch nicht umzugehen versteht. In der Folge der Migrationsströme der letzten Jahrzehnte sind die europäischen Staaten faktisch dazu gezwungen, Begriffe wie „Nationalität“ und „Staatsbürgerschaft“ neu zu definieren, d.h. das vom traditionellen Nationalstaatsbegriff bestimmte Staatsverständnis als solches zu hinterfragen.<sup>4</sup>

Auf diesem Hintergrund vollzieht sich die z. T. traumatische *Identitätssuche* eines Europa, das sich – gerade wenn es um die Beziehungen zu den moslemischen Mitbürgern geht – auf seine „säkularen Errungenschaften“ beruft, gleichzeitig aber – in einem quasi *dialektischen* Versuch der Identitätsbestimmung – vorgibt, sich auf die lange verdrängten (und in der Alltagswirklichkeit kaum mehr spürbaren) christlichen Wurzeln zurückbesinnen zu wollen, eine Widersprüchlichkeit, die auch in der seinerzeitigen kontroversiellen Debatte um die Präambel zur Europäischen Verfassung offen zu Tage getreten ist.

## (II)

Was besagt nun diese neue Art multikultureller Wirklichkeit (die gleichzeitig global, regional wie innerstaatlich ist) für die islamisch-christlichen Beziehungen? Zunächst kommt einem der Topos vom sog. „Konflikt der Zivilisationen“ in den Sinn, der kurz

---

<sup>4</sup> Zur Problematik von Nationalstaat und Multikulturalität vgl. die Abhandlung des Verf.: „The Concept of the Nation and the Question of Nationalism. The Traditional ‚Nation State‘ versus a Multicultural ‚Community State‘“, in: Michael Dunne und Tiziano Bonazzi (Hrsg.), *Citizenship and Rights in Multicultural Societies*. Keele: Keele University Press, 1995, S. 44-51.

nach dem Ende des Kalten Krieges von amerikanischer Seite lanciert worden ist.<sup>5</sup> Die Konstruktion eines neuen Feindbildes nach dem für die meisten unerwarteten Zusammenbruch der bilateralen Weltordnung und dem plötzlichen Verlust des ideologischen Gegners (des Kommunismus) wurde – insbesondere nach den Ereignissen des 11. September 2001 – mittels des Konstruktes einer „islamischen Gefahr“ bewerkstelligt.<sup>6</sup>

Begleitet wird diese Entwicklung vom Versuch des Westens (unter Führung der USA), den Islam „neu zu erfinden“ bzw. der islamischen Welt angeblich vorwiegend westliche Wertvorstellungen (im Hinblick auf „Vernunft“ [λόγος], „Demokratie“, „Menschenrechte“, etc.) aufzuprägen. Die Verfolgung dieses Zieles erfolgt nicht nur mittels langfristiger geopolitischer Strategien, insbesondere im Bereich politischer und kultureller Propaganda, sondern durch eine Art neuer „ideologischer Kreuzzüge“, die sich nicht nur der neuesten Kommunikations-, sondern auch der modernsten Waffentechnik bedienen. Krieg scheint (wieder) zum Mittel „zivilisatorischer Umerziehung“ zu werden, wie sich insbesondere am westlichen Einschreiten in Afghanistan und im Irak zeigt.<sup>7</sup> Die amerikanische Vision eines sog. „Neuen Mittleren Ostens“, der westliche Wertvorstellungen verwirklichen soll, ist zentraler Bestandteil dieser (letztlich vom Geist der Kolonialepoche geprägten) „Umerziehung“. Die versuchte Umsetzung dieser Strategie hat allerdings die Kluft zwischen der islamischen und der westlich-christlichen Welt weiter vertieft und beschwört die Gefahr eines größeren globalen Konfliktes herauf, der mit den Mitteln konventioneller Diplomatie nur schwer eingedämmt werden kann.

Angesichts der durch das militärische Einschreiten des Westens bewirkten

---

<sup>5</sup> Vgl. Samuel Huntington, „The Clash of Civilizations?“, in: *Foreign Affairs*, Bd. 72, Nr. 3, Sommer 1993, S. 22-49. – Den Begriff hat allerdings der amerikanische Orientalist Bernard Lewis geprägt: „The Roots of Muslim Rage“, in: *The Atlantic Monthly*, Bd. 266, Nr. 3 (September 1990), S. 47-60.

<sup>6</sup> Vgl. den Vortrag des Verf.: *After September 11 – Clash of Civilizations or Dialogue?* UP FORUM online, UP Publications Online (2002), [http://www.up.edu.ph/forum/2002/Mar02/sept\\_11.html](http://www.up.edu.ph/forum/2002/Mar02/sept_11.html).

<sup>7</sup> Zur Illustration der amerikanischen Position vgl. die Grundsatzerklärung von Präsident George W. Bush vom : „*President Bush Discusses Freedom in Iraq and Middle East*“. *Remarks by the President at the 20th Anniversary of the National Endowment for Democracy*. United States Chamber of Commerce, Washington, D.C., Office of the Press Secretary, 6. November 2003.

Eskalation muß man jedoch die psychologisch-soziologische Realität im Auge behalten, welche die Befürworter eines kriegerischen Einschreitens hartnäckig zu ignorieren suchen: Eine Neudefinition bzw. „Neuerfindung“ (*re invention*) einer Religion – und damit der ihr entspringenden Zivilisation – von außen (d.h. nach der Wertordnung einer anderen, noch dazu dogmatisch-säkularen, Weltanschauung)<sup>8</sup> ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ein solcher Versuch muß notgedrungen von den Adressaten dieser Quasi-Missionierung als feindseliger Akt empfunden werden. Diese Strategie ist daher auch nach der Logik der *westlichen* – angeblich, falls man George W. Bush glauben darf, christlich inspirierten – „Weltverbesserer“ kontraproduktiv, da so erst recht das Klima einer gewaltsamen Konfrontation erzeugt wird, welche eine spontane Ablehnung der propagierten Ideen bewirkt.

Die Absicht einer zivilisatorischen Umerziehung wird auch in den wiederholten Erklärungen des amerikanischen Präsidenten oder des Ministerpräsidenten [2007] Großbritanniens zum „wahren“ Islam deutlich, wie sie insbesondere im Zuge des Irak-Feldzuges geäußert wurden. Die Anmaßung, *Exeget einer anderen Religion zu sein*, steht tatsächlich in der alten europäischen Tradition kolonialer Bevormundung, zumal diese – in sich dialogfeindliche – „politische Hermeneutik“ impliziert, daß den Moslems ein Konzept von außen oktroyiert wird. Dies gilt auch für den Begriff des sog. „Euro-Islam“, der seinerzeit von Bassam Tibi ins Spiel gebracht wurde<sup>9</sup> und gegenwärtig von nicht-moslemischen Politikern, aber auch Kirchenführern nicht nur in Deutschland zur Unterstützung ihrer Forderung nach einer europäischen Neudefinition des Islam nach den Regeln der hiesigen

---

<sup>8</sup> Vgl. dazu den Bericht „European Cardinal Calls for ‚Secularizing‘ Islam“. *IslamOnline News*, Kairo, 26. November 2004, <http://www.islamonline.net/English/News/2004-11/26/article05.shtml>.

<sup>9</sup> Bassam Tibi, „Les conditions d’un ‚euro-islam‘“, in: Robert Bistolfi und François Zabbal, *Islams d’Europe: Intégration ou insertion communautaire*. Paris: Éditions de l’Aube, 1995, S. 230-234. – Siehe auch Tibis aktuelle Verteidigung dieses Begriffes: „*Europeanisation, not Islamisation.*“ *Bassam Tibi argues for Euro-Islam as a bridge between civilisations*. *Sights and Insights*, 22. März 2007, <http://www.signandsight.com/features/1258.html>. – Zur allgemeinen Debatte vgl. auch Nezar AlSayyad und Manuel Castells (Hrsg.), *Muslim Europe or Euro-Islam: Politics, Culture, and Citizenship in the Age of Globalization*. Lanham, Md. u.a.: Lexington Books, 2002.

„Leitkultur“ benützt wird.<sup>10</sup>

Wenn man den Grundsatz der *Gegenseitigkeit*, d.h. des gegenseitigen Respektes, im kantischen Sinne als Voraussetzung jedes echten Dialoges betrachtet, so ist diese Vorgangsweise generell abzulehnen. Auch Christen würden z.B. kein von Moslems definiertes und von außen oktroyiertes „Arabo-Christentum“ akzeptieren; Ähnliches würde für einen sog. „Hindu-Katholizismus“ oder „Afro-Katholizismus“ etc. mit jeweils der politischen Interessenlage angepassten Dogmen und Wertvorstellungen gelten. Die katholische Kirche würde sich entschieden dagegen verwahren. Allerdings müßten die Kirchenführer, was den Islam betrifft, auch zur Kenntnis nehmen, daß man auch nach der christlichen Morallehre nicht zweierlei Maß messen darf.

### (III)

Die Frage, die wir uns auf dem Hintergrund zunehmender Entfremdung und Konfrontation zwischen den Kulturräumen stellen müssen, lautet: Gibt es eine gangbare *Alternative* zur Strategie imperialer Umerziehung, die letztlich nur einen dauernden Krieg der Zivilisationen heraufbeschwört? Die Antwort darauf ist im wesentlichen ein Plädoyer für einen „zivilisatorischen Realismus“, wie er gerade in der Ära der Globalisierung unverzichtbar ist.

Für den Westen – und Europa insbesondere – liegt der Ausweg aus dem durch die Versuche, den Islam von außen neu zu bestimmen, heraufbeschworenen Dilemma schlicht und einfach in der Verabschiedung vom bisherigen Wunschenken, den Islam nach westlichen Vorstellungen „ummodeln“ zu können, d.h. im *Akzeptieren der soziokulturellen Realitäten*, wie sie sich im Zuge des gesellschaftlichen Wandels in der

---

<sup>10</sup> Vgl. etwa die Aussage des belgischen Kardinals Godfried Danneels in einem Interview für die Zeitung *Indian Express*: „I think, I hope that it is possible to create a European Islam which has gone through its own French Revolution.“ (Zitiert nach *IslamOnline News*, 26. November 2007, s. o.) Zur Leitkultur-Debatte in Deutschland siehe insbesondere die Thesen eines führenden ideologischen Verfechters dieses Konzeptes: Bassam Tibi, *Leitkultur als Wertekonsens. Bilanz einer mißglückten deutschen Debatte*. Aus Politik und Zeitgeschichte (B 1-2/2001). Bundeszentrale für politische Bildung, 2001.

islamischen Welt und in den Ländern mit einem beträchtlichen moslemischen Bevölkerungsanteil herausgebildet haben. Es gibt keinen gangbaren Weg zurück zu einer Rekolonisierung der islamischen Welt nach dem Muster des 19. Jahrhunderts. Eine derartige Strategie wäre zudem mit den vom Westen proklamierten Menschenrechten unvereinbar.

Die Rückbesinnung der Moslems auf ihre religiös-zivilisatorische Identität ist ein Prozess, der unter anderem durch die Dynamik der Globalisierung und den westlichen (vorgeblich christlichen) zivilisatorischen *Universalitätsanspruch* wenn nicht ausgelöst, so doch entscheidend verstärkt wurde. Diese soziokulturelle Entwicklung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht reversibel. Als erstes prägendes Ereignis in diesem Zusammenhang kann die islamische Revolution im Iran im Jahr 1979 angesehen werden, die trotz oder gerade wegen des vom Schah Reza Pahlevi verordneten westlichen Modernisierungsprogrammes geschah. Was die Gegenwart betrifft, so ist unter anderem auf die Entwicklung in der Türkei zu verweisen: Die Rückbesinnung auf die islamische Identität dieses Landes und die Neubewertung des osmanischen Erbes in der Türkei geschieht trotz einer bereits mehr als sieben Jahrzehnte währenden, in der Verfassung verankerten Säkularisierung und „Europäisierung“. Wie sich am Beispiel der Türkei und deren Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zeigt, ist diese Entwicklung jedoch durchaus vereinbar mit einem modernen, an internationaler Kooperation auf gleichberechtigter Ebene orientierten Staatsverständnis.

Ein authentischer, sich auf seine Wurzeln besinnender Islam muß von westlicher Seite nur dann als Gefahr empfunden werden, wenn man die Gemeinschaft der Muslime durch feindselige Ablehnung und kriegerische Aggressionen (die letztlich der Logik der Kreuzzüge folgen) provoziert, wie dies z. B. durch den weder rechtlich noch moralisch legitimierten Feldzug gegen den Irak im Jahre 2003 geschehen ist. Was das Wiederaufleben der Mentalität der Kreuzzüge in der Gegenwart betrifft, so ist im übrigen der gängige Terminus „Islamophobie“ irreführend bzw. die Sachlage verniedlichend. Die korrekte Bezeichnung für die mehr und mehr um sich greifende Haltung, wie sie auch der Ideologie des sog. „globalen Krieges gegen den Terror“ zugrundeliegt, ist *Anti-Islamismus* (in Analogie zum

Terminus „Antisemitismus“).<sup>11</sup>

Was Europa in der gegenwärtigen Konstellation braucht, ist eine Art „universaler Kulturhermeneutik“ – und keine Dämonisierung des Islam nach dem Muster der Regensburger Rede Benedikts XVI. „Kulturhermeneutik“, wie wir sie im Sinne der Methode des Philosophen Hans-Georg Gadamer verstehen,<sup>12</sup> impliziert vielmehr *Toleranz* als Voraussetzung des besseren Verständnisses der eigenen Kultur bzw. Zivilisation. Gemäß unserer Analyse der „Dialektik des kulturellen Selbstverständnisses“<sup>13</sup> muß das jeweils „Andere“ (die andere kulturelle bzw. zivilisatorische Identität) nicht als *Gefährdung* der eigenen Identität empfunden, sondern kann vielmehr als *Chance* wahrgenommen werden, die Welt im Spiegel des Anderen besser zu verstehen und so implizit auch sich selbst im Spiegel der jeweils anderen Zivilisation besser zu erkennen, d.h. kritischer wahrzunehmen. Dies ist es, was wir – im Sinne der Gadammerschen Hermeneutik – als *Dialektik von Selbstverständnis und Fremdverständnis* bezeichnen. Wenn man hingegen im Anderen stets nur sich selbst sehen will, indem man ihn nach dem eigenen Bild umformt, untergräbt man diese Dialektik und begibt sich letztlich der Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz.

Aus dieser Dialektik des kulturellen Selbstverständnisses resultiert die Haltung des *Respektes* gegenüber anderen Wertvorstellungen – wie sie im übrigen auch aus der in den *Menschenrechten* dokumentierten unveräußerlichen Würde jedes Einzelnen und jeder kulturellen Gemeinschaft folgt. Die individuelle und kollektive Dimension der Menschenrechte können nicht isoliert voneinander gesehen werden.

Von einem solchen Standpunkt aus ist – um ein konkretes Beispiel zu nennen – das „Schleierverbot“ in öffentlichen Einrichtungen (z. B. Schulen), wie es in einigen europäischen Ländern, aber auch in der Türkei gehandhabt wird, absolut

---

<sup>11</sup> In dem in Deutschland geführten Diskurs artikuliert u. a. Henryk M. Broder diese anti-islamische Haltung, die nach und nach „salonfähig“ zu werden scheint. Vgl. seinen Essay: „Wir kapitulieren!“, *Der Spiegel*, Nr. 33/2006, 14. August 2006.

<sup>12</sup> Hans-Georg Gadamer, *Hermeneutik I: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 5. Auflage 1986.

<sup>13</sup> Vgl. den am 9. März 1974 gehaltenen Vortrag des Verf. zum Thema „Cultural-Philosophical Aspects of International Co-operation“ vor der Royal Scientific Society in Amman, Jordanien. Deutsche Fassung: „Kulturphilosophische Aspekte internationaler Kooperation“, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Bd. 28 (1978), S. 40-43.

unverständlich. Keine Zivilisation – auch dann nicht, wenn sie als säkulare Ersatzreligion auftritt und mit den „Menschenrechten“ argumentiert – hat das Recht, einer anderen ihre Wertvorstellungen aufzuzwingen und damit deren Identität quasi gewaltsam umzuformen.<sup>14</sup> Derartige Aktionen und Anordnungen verstärken letztlich nur das Gefühl der *Ausgrenzung* der „gemaßregelten“ religiös-kulturellen Gruppe und beschleunigen den Prozess der Rückbesinnung auf die eigene Tradition (mit der feindseligen Ablehnung der „dominierenden“ Zivilisation, welche die „Leitkultur“ vorzugeben beansprucht, als möglicher Folge). Man darf die gesellschaftspolitische Sprengkraft solcher oft mit der Arroganz angeblicher zivilisatorischer Überlegenheit erzwungenen Maßnahmen innerhalb des größeren Europa (der Europäischen Union) nicht unterschätzen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Multikulturalität eben ein soziales und politisches Faktum, das nicht einfach verdrängt oder gewaltsam „wegrationalisiert“ werden kann.

Was in dieser Situation not tut – das im wörtlichen Sinne Not-wendige (die Not Wendende) – ist die *Akzeptierung der Gleichzeitigkeit* unterschiedlicher Weltentwürfe. Dies bedeutet ein Leben und Handeln nach der Logik der Koexistenz – d. h. im Sinne des Nebeneinanderbestehens verschiedener Wertsysteme auf der Basis der Gegenseitigkeit.

Konkret erfordert dies den Verzicht auf die allgemeine Durchsetzung einer Art säkularer Ersatzreligion, die oftmals dogmatischer als die Religion selbst auftritt, als auch auf die Proklamierung einer exklusiven christlichen Identität Europas, wie sie offenbar der Führung der katholischen Kirche vorschwebt. Eine solche ausschließlich christliche Prägung hat auch historisch nie bestanden, wenn man etwa den Einfluß der arabischen Zivilisation des Mittelalters bedenkt,<sup>15</sup> und ist vor allem in der Gegenwart nicht nachweisbar. Sie wird lediglich – je nach politischer Opportunität, wie sich auch in der Diskussion zur Präambel der geplanten Europäischen Verfassung

---

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Stellungnahme des Verf. in seiner Eigenschaft als Präsident der International Progress Organization: *Islamic headscarf and religious freedom: "French government's position incomprehensible and incompatible with human rights"*. Declaration of the President of the International Progress Organization, Vienna, 5. Februar 2004/P/RE/18525c-is.

<sup>15</sup> Vgl. die Abhandlung des Verf.: "Das Verhältnis von Islam und Christentum in Europa: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft," in: *Perspektive Süd. Zeitschrift für eine internationale Diskussion*, Nr. 2, 2003, S. 5-10.

gezeigt hat – herbeigeredet.

Im übrigen ist es bezeichnend für die gegenwärtige Verwirrung, was die kulturelle Identität Europas betrifft, daß die islamische Gemeinschaft in Europa mit Forderungen konfrontiert wird, die miteinander einander völlig unvereinbar sind: der Säkularismus als Ersatzreligion und die Betonung der christlichen Prägung schließen sich gegenseitig aus. Die in diesen gleichzeitig erhobenen, in sich widersprüchlichen Forderungen sich manifestierende Identitätskrise Europas resultiert nicht zuletzt aus der europäischen Ratlosigkeit, was den Umgang mit der islamischen Zivilisation betrifft, in der die Religion bis auf den heutigen Tag eine prägende Rolle spielt.

Im Sinne des von uns vertretenen realistischen Ansatzes müssen wir uns darauf besinnen, was unter den gegebenen Umständen bereits bestehender Entfremdung und angesichts der Auseinanderentwicklung der kulturellen und zivilisatorischen Identitäten überhaupt möglich ist, wenn man sich am oben beschriebenen Ziel der *Koexistenz* orientieren will. Zumindest von denjenigen auf beiden Seiten, die die identitätsstiftende Rolle der Religion anerkennen, können gemeinsam *zwei mögliche Bereiche der Verständigung* herausgearbeitet werden:

- (a) Eine Möglichkeit besteht in der Besinnung auf theologische Gemeinsamkeiten im Hinblick auf den Begriff des *Monotheismus* – allerdings unter gleichzeitigem Verzicht auf gegenseitige Missionierungs- und Bevormundungsversuche, die, wie die bereits erwähnte Regensburger Rede vom 12. September 2006 drastisch unter Beweis gestellt hat, leicht in Diffamierungen enden können. Im Rahmen eines Symposions über den Begriff des Monotheismus im Islam und im Christentum haben wir bereits im November 1981 in Rom versucht, eine gemeinsame Sprache auf der Metaebene der Religionsphilosophie zu finden.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Hans Köchler (Hrsg.), *The Concept of Monotheism in Islam and Christianity*. Wien: Braumüller, 1982.

- (b) Eine weitere Möglichkeit der Verständigung besteht meines Erachtens in der Besinnung auf gemeinsame *ethische Werte*, die sich aus dem Eingottglauben ergeben – wobei auch hier nicht die Erwartung gehegt werden sollte, man könne Übereinstimmung in *allen* dogmatischen Fragen erzielen. Eine derartige Erwartungshaltung könnte erst recht weitere Konfrontationen heraufbeschwören.

Will man diese Möglichkeiten wahrnehmen, so tut ein weiteres not, wenn man nicht im Bereich bloßer Beliebigkeit verbleiben will: Es müssen „begleitende Maßnahmen“ sowohl im Bereich des *Rechtes* als auch der *Politik* – und zwar international wie innerstaatlich – gesetzt werden. Dazu gehört, was den Beitrag der westlichen Welt betrifft, u.a. die Preisgabe der Politik des Messens mit zweierlei Maß („policy of double standards“) in denjenigen Bereichen, die für die islamische Welt von entscheidender, identitätsstiftender Bedeutung sind.

Konkret geht es hier, was die internationale Politik betrifft, um die Palästina- und Jerusalemfrage, die seit mehr als einem halben Jahrhundert die westliche und islamische Welt entzweit.<sup>17</sup> Die zentrale vertrauensbildende Maßnahme in diesem Zusammenhang wäre der Verzicht auf die (wenngleich indirekte) weitere Unterstützung der Besetzung der islamischen heiligen Stätten in Jerusalem, wie sie sich in der fortgesetzten generellen Parteinahme des Westens für die Politik des Staates Israel manifestiert. Die völkerrechtliche Nichtanerkennung der Annexion Jerusalems bei gleichzeitiger Hinnahme der Besatzungswirklichkeit ist wenig glaubwürdig. Zudem müßte der Westen sich von seiner Politik der kollektiven Bestrafung der Bevölkerung islamischer Länder ein für allemal verabschieden. Die im Zusammenhang mit dem Golfkonflikt 1990/1991 über den Irak verhängten umfassenden Sanktionen, die mehr als ein Jahrzehnt gedauert haben, aber auch das aktuell über die Bevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten verhängte Embargo, mit dem die USA und die EU de facto die Bevölkerung für die Ausübung

---

<sup>17</sup> Zu den Details s. Hans Köchler (Hrsg.), *The Legal Aspects of the Palestine Problem with Special Regard to the Question of Jerusalem*.

ihrer demokratischen Rechte bestrafen und die islamische Partei Hamas zu einer Änderung ihrer Haltung zwingen wollten, sind eine Schande für die gesamte westliche Welt, die sich selbst das Attribut „zivilisiert“ beimisst. Derartige gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Zwangsmaßnahmen sind nicht nur menschenrechtswidrig und erfüllen den Tatbestand eines internationalen Verbrechens,<sup>18</sup> sie werden auf islamischer Seite nicht ohne Grund als Zeichen einer grundsätzlich *feindseligen* Haltung des sog. christlichen Westens, als Beleg für dessen *inhumane*, in sich scheinheilige Einstellung gegenüber der islamischen Welt verstanden.

Des weiteren müßte der Westen, was die internationale Politik betrifft, sich endlich zu einer Preisgabe des Messens mit zweierlei Maß in der Frage der Massenvernichtungswaffen im Mittleren Osten durchringen; so lange dies nicht geschieht, wird die UNO-Proklamation eines nuklearwaffenfreien Mittleren Ostens nichts als ein Placebo für eine Öffentlichkeit sein, auf deren fortgesetzte Naivität man hofft. Die Kontroverse um die Nuklearpolitik des Iran dokumentiert drastisch die Doppelzüngigkeit und moralische Unglaubwürdigkeit der westlichen Staaten, die in all ihren Erklärungen zur aktuellen Krise die nichtdeklarierte israelische Nuklearkapazität mit keinem Wort erwähnen.<sup>19</sup>

Was die „begleitenden Maßnahmen“ auf innerstaatlicher bzw. regionaler Ebene (insbesondere der Europäischen Union) angeht, so müßten diese die Anerkennung der *religiösen Rechte* der Moslems als unveräußerlicher *Menschenrechte* einschließen. Weiters müßte unmissverständlich festgehalten werden, daß der Begriff der „Leitkultur“, sollte er eine erzwungene Unterordnung der islamischen Religion unter andere Wertssysteme bedeuten, mit einer freiheitlich-demokratischen

---

<sup>18</sup> Zu den rechtlichen und ethischen Aspekte vgl. die Abhandlung des Verf.: *Ethische Aspekte der Sanktionen im Völkerrecht. Die Praxis der Sanktionspolitik und die Menschenrechte*. Studies in International Relations, XX. Wien: International Progress Organization, 1994. – Zur Politik gegenüber den Palästinensern siehe die Erklärung der International Progress Organization: „Starvation Policy against Palestinians Is an International Crime“. *Declaration of the International Progress Organization*. I.P.O. Information Service, Wien, 2. Juni 2006/P/RE/19734c-is, <http://i-p-o.org/IPO-Palestine-nr-2June06.htm>.

<sup>19</sup> Vgl. Hans Köchler, *Memorandum on the dispute between the Islamic Republic of Iran and the United States of America and other states over the interpretation of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons and related legal and political problems of the non-proliferation régime*. International Progress Organization, Wien, 15. April 2006, Doc. 19667c, <http://i-p-o.org/ipo-memorandum-NPT-Iran-15April2006.pdf>.

Grundordnung und den Prinzipien einer multikulturellen Gesellschaft nicht vereinbar ist. Diese grundsätzlichen Klärungen sind als vertrauensbildende Maßnahmen unabdingbar, wenn die Gefahr der *Ausweitung* des bereits bestehenden Konfliktes zwischen den Zivilisationen (insbesondere hinsichtlich der Grundrechtsproblematik) eingedämmt werden soll. Die Ereignisse in der Folge der in Dänemark veröffentlichten Mohammed-Karikaturen haben die Notwendigkeit solcher Maßnahmen eindringlich unter Beweis gestellt.<sup>20</sup> Hinsichtlich der innerstaatlichen und innerregionalen Maßnahmen stünde es dem „säkularen“ Europa überdies gut an, sich in Ländern (z. B. Singapur) und Regionen (z. B. Südostasien) umzusehen, die bereits eine längere Erfahrung mit einer multikulturellen Gesellschaftsordnung und den diesbezüglichen verfassungsrechtlichen Regelungen haben.

#### (IV)

Auf dem Hintergrund dieser kursorischen Identifikation und Analyse der zentralen Problembereiche der islamisch-christlichen Beziehungen in der Gegenwart sei abschließend auf Folgendes verwiesen:

Realismus ist in den Angelegenheiten der Interkulturalität und insbesondere der Beziehungen zwischen den Religionen ein Gebot der Klugheit. Man muß zunächst die Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander, d.h. für eine Koexistenz der kulturellen Gemeinschaften, schaffen, bevor man die Möglichkeiten eines zukünftigen Dialoges bzw. einer weiter reichenden Kooperation (innerstaatlich, regional wie international) auslotet. Ansonsten wäre die Zusammenarbeit auf Sand gebaut und jederzeit vom Zerfall bedroht. Man sollte jedenfalls das Pferd nicht von hinten aufzäumen und nicht im luftleeren Raum abstrakter Spekulation agieren. Ein Dialog kann weder abgehoben von der soziokulturellen Wirklichkeit initiiert noch gar über längere Zeit aufrechterhalten werden. Daher ist eine kritische Bestandsaufnahme

---

<sup>20</sup> Vgl. die Aussendung der International Progress Organization vom 6. Februar 2006: „International Progress Organization condemns anti-Muslim hate propaganda and calls upon European Union to take a firm stand in defense of the rights of all religious communities“. *I.P.O. Information Service*, Wien, 6. Februar 2006, P/RE/19543c-is.

der gegenwärtigen islamisch-christlichen Beziehungen unabdingbar.

Die Philosophie – mit ihrer Äquidistanz zu den unterschiedlichen religiösen Welterklärungen und zivilisatorischen Paradigmen – kann dazu möglicherweise einen konstruktiven Beitrag leisten – und zwar nicht nur im Sinne einer vergleichenden Religionstheorie, sondern auch als Reflexion über diejenigen Metanormen, welche die Voraussetzung für die friedliche Koexistenz letztlich miteinander konkurrierender Weltentwürfe darstellen.<sup>21</sup>

Unter den gegebenen Umständen ist bis auf weiteres – d.h. bis zur Erarbeitung einer gemeinsamen Grundlage für einen weiterführenden Dialog – die von uns beschriebene Koexistenz zwischen den beiden Religionen der wohl einzige Ausweg aus dem im Titel des Vortrages beschriebenen Dilemma „Dialog oder Krieg?“. In einer Situation, in der das eine (Dialog) nicht voll realisiert, das andere (Krieg) jedoch nicht ernsthaft riskiert werden kann, ist ein realistisch anzustrebendes Drittes – nämlich die Koexistenz divergierender Wertsysteme auf der Grundlage des Verzichtes auf jeden Versuch, die Unterschiede hinwegzuinterpretieren oder gar gewaltsam zu beseitigen – die einzige *zukunftsfähige* Perspektive. In einer globalen Konstellation des Auseinanderdriftens zweier Zivilisationen, in welcher es zuvörderst um die Verhinderung einer Eskalation – d.h. um die Eindämmung einer bereits bestehenden Konfrontation – geht, muß man zunächst den status quo reflektieren, d.h. die Ursachen der wachsenden Entfremdung zu identifizieren suchen, und bedächtig einen Schritt vor den anderen setzen, bevor man sich allenfalls an das größere Projekt der Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie der Religionen – eines gemeinsamen „Weltethos“ im Sinne von Hans Küng<sup>22</sup> – als Antwort auf den Primat der Ökonomie und den geradezu eschatologischen Fortschritts glauben, wie er sich im Programm der *Globalisierung* dokumentiert,<sup>23</sup> heranwagen kann.

---

<sup>21</sup> Der Verf. hat einen diesbezüglichen Versuch in einem Grundsatzvortrag über die philosophischen Grundlagen des Dialoges der Zivilisationen auf der internationalen Konferenz über die Philosophie von Mulla Sadra am 23. Mai 2004 in Teheran unternommen. Vgl. „The Philosophical Foundations of Civilizational Dialogue“, in: *Future Islam*, „Insights“, New Delhi, September/Oktober 2006, www.futureislam.com (Online Journal).

<sup>22</sup> Hans Küng, *Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft*. Piper: München/Zürich 1997.

<sup>23</sup> Zu den philosophischen Grundfragen der Globalisierung vgl. die Abhandlung des Verf.: „Philosophical Aspects of Globalization. Basic Theses on the Interrelation of Economics,

Das Christentum (und hier insbesondere der römische Katholizismus) kann meines Erachtens bei diesem Projekt für die Zukunft der Menschheit nur dann ein glaubwürdiger Partner sein, wenn es seinen in Jahrhunderten gewachsenen machtpolitischen Opportunismus überwindet und sich auf die eigenen Wurzeln, vor allem was seine sozialetische Botschaft betrifft, zurückbesinnt, anstatt sich mit der Rolle eines „Ornamentes“ der westlichen Industriegesellschaft – mit ihrer säkularen Ersatzreligion und ihrer arroganten Ignoranz gegenüber allen nicht-westlichen Traditionen – zu begnügen; konkret und auf die gegenwärtige Situation bezogen heißt dies auch, daß sich die christlichen Kirchen von ihrer politischen Instrumentalisierung im Zuge des sog. „globalen Krieges gegen den Terror“ mit dessen Stigmatisierung des Islam distanzieren müssten.<sup>24</sup> Dazu bedarf es allerdings einer anderen Weltsicht als derjenigen, die das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in seiner Regensburger Vorlesung vor den Augen der Weltöffentlichkeit unter Beweis gestellt hat.

\*\*\*\*\*

2007-07-18

---

Politics, Morals and Metaphysics in a Globalized World“, in: Hans Köchler (Hrsg.), *Globality versus Democracy? Studies in International Relations*, XXV. Wien: International Progress Organization, 2000, S. 3-18.

<sup>24</sup> Das Problem wird besonders deutlich in der immer stärker werdenden anti-islamischen Haltung evangelikaler christlicher Gruppen in den Vereinigten Staaten, welche das kriegerische Sendungsbewusstsein der gegenwärtigen neokonservativen Regierung dieses Landes mit zu verantworten haben, das der Welt ein nicht enden wollendes Chaos im gesamten Mittleren Osten beschert hat, vor dessen Horizont sich ein drohender globaler „Krieg der Zivilisationen“ abzeichnet.